

Lichtenstein-Gaßnberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Höhendorf, Hödlik, Bernsdorf, Küsdorf, St. Egidi, Heinrichsort, Marienau, Wendischel, Ottmannsdorf, Mülsen St. Nicolas, St. Jacob, St. Michael, Stangendorf, Thurn, Niedermülsen, Luhnsnappe und Lischheim

Amtsblatt für das Agl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Alteste Zeitung im Königlichen Amtsgerichtsbezirk

60. Jahrgang.

Nr. 19

Verbreitete Zeitung
im Amtsgerichtsbezirk

Dienstag, den 25. Januar

Haupt-Justizzeitung
im Amtsgerichtsbezirk

1910

Dieses Blatt erscheint täglich außer Sonn- und Feiertags nachmittags für den folgenden Tag. — Vierzehntäglicher Bezugspreis 1 Mk. 50 Pf., durch die Post bezogen 1 Mk. 75 Pf. Einzelne Nummern 10 Pf. Sondays nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Wulkaer Straße Nr. 5b, alle Ausländer Polizeistationen, Postboten, sowie die Ausländer entgegen. Anseraten werden die füngspaltene Grundseite mit 10, für auswärtige Anseraten mit 15 Pf. berechnet. Reklamezelle 30 Pf. zu amtlichen Zellen kostet die zweite Seite 30 Pf. Anseraten-Annahme täglich bis spätestens vormittags 10 Uhr. Telegramm-Adresse: Tageblatt.

Das Wichtigste.

* Ununterbrochen laufen aus Frankreich, Italien und Westdeutschland beunruhigende Nachrichten über Hochwasser- und Sturmschäden ein.

* Durch ein Großfeuer wurde in Hamburg eine Anzahl Häuser zerstört und gegen 50 Familien der Wohnung beraubt.

* Bei Eisenbahn-Landing im Staate New York wurden infolge einer vorzeitigen Dynamit-Explosion in einem Tunnel, der einen Teil einer für New York bestimmten Wasserleitung bildet, 15 Arbeiter getötet.

* Bei dem Einsturz eines Neubaues in Charlottenburg sind fünf Arbeiter getötet und fünf verletzt worden.

* Bei der Entgleisung eines Personenzuges in der Nähe von North Bay (Ontario) sind 48 Personen ums Leben gekommen, 92 wurden verletzt.

* Die auf See „Holland“ verschütteten 6 Bergleute sind am Sonnabend gerettet worden.

* Der neue Komet ist in Berlin, auf dem Teufelsberg und an anderen Orten beobachtet worden.

* Siegfried Wagners neue Oper „Bavaroisch“ hatte bei der Uraufführung in Karlsruhe einen glänzenden Erfolg.

* Die Königliche Porzellan-Manufaktur zu Meißen beging gestern ihr 200jähriges Jubiläum.

Für die endgültige Stellungnahme der Regierung dürften die Beratungen mit dem Wirtschaftlichen Ausschuss, zu dem Preußen 16, Bayern und Sachsen je 3, Württemberg und Baden je 2 und die übrigen Staaten zusammen 4 Mitglieder aus Industrie, Handel und Landwirtschaft stellen, entscheidend sein.

In unterrichteten Kreisen nimmt man an, daß sich trotz aller Schwierigkeiten eine Verständigung mit Amerika erzielen lassen werde. Größere Hindernisse stellen sich aller Wahrscheinlichkeit einer amerikanisch-französischen Einigung entgegen, und in Paris rechnet man schon seit geraumer Zeit mit dem Ausbruch eines Zollkriegs mit den Vereinigten Staaten. Auf die wirtschaftlichen Beziehungen zweier Länder zu einander läßt sich das Beispiel von dem mageren Vergleich und dem letzten Prozeß anwenden, aber damit ist nicht gesagt, daß sich nun gerade Deutschland alles bieten lassen muß, um den wirtschaftlichen Frieden aufrecht zu erhalten. Beide Teile haben ein Interesse daran, und deshalb hat auch Amerika Ursache genug, seine Ansprüche nicht zu hoch zu schrauben. Schon deshalb, weil die Amerikaner sich durch einen Zollkrieg selbst ins eigene Fleisch schneiden würden. Denn die Ausfuhr aus den Vereinigten Staaten ist fast um zwei Milliarden höher, als die Einfahrt, und auch in dem speziellen Verhältnis zu Deutschland liegen die Dinge nicht anders. Denn im Jahre 1908 belief sich die Einfahrt der Vereinigten Staaten bei uns auf 16,7 Prozent unseres Gesamtimportis und auf einen Wert von 1282,6 Millionen Mark; umgekehrt hat Deutschland nur für 507 Millionen Mark Waren nach den Vereinigten Staaten gesandt, wie es überhaupt festgestellt werden muß, daß unser Export über den Atlantischen Ozean dauernd zurückgegangen ist, während die Einfahrt aus dem Lande der Hanse in bedeutendem Maße stieg. Das gilt besonders für Roggen, Kartoffeln, Weintraum, Baumwolle und vor allem für Weizen, dessen Einfahrt in den letzten Jahren sich weit mehr als verzeichnacht hat. Wir meinen, mit einer Taktik, die den Hansestädten mehr importiert als angemäßt zurückweichen, wird sich also wohl eine günstige Position Amerika gegenüber erreichen lassen.

Zollpolitisch.

Die „Morningpost“ mehnet aus Washington: Obwohl die Aussichten auf eine freundliche Einigung der Tarifstreitigkeiten zwischen Deutschland und Amerika augenblicklich nicht sehr glänzend zu sein scheinen, gibt man sich in den höchsten Regierungskreisen doch der Hoffnung hin, daß eine zufriedenstellende Lösung gefunden werden wird, da Präsident Taft einen Zollkrieg mit irgend einer Nation zu verhindern wünscht. Augenblicklich stehen die Verhandlungen still. Die Politik Tafts ist rein kommerziell, und um den amerikanischen Handel zu erweitern, strengt die Washingtoner Regierung auf deutsche Konzessionen bei der Fleischimport. Die Washingtoner Regierung glaubt, Deutschland keine Konzessionen machen zu dürfen, so lange die Verhandlungen mit Frankreich und Kanada schwelen, weil sie sonst ihre Trümpfe weggeben. Deshalb sei es besser, die Verhandlungen mit Deutschland bis nach dem 7. Februar zu verschieben, wenn auch der amerikanische Handel durch das Inkrafttreten des deutschen Tarifs an diesem Tage für einige Wochen zu leiden hätte, als jetzt durch eine Nachgiebigkeit gegen Deutschland, Frankreich und Kanada zum Widerstand zu reizen. In den Verhandlungen mit Deutschland ist ein Faktor in Berechnung zu ziehen, der bei allen anderen Ländern vorfällt, das ist die Haltung der starken deutsch-amerikanischen Bevölkerung. „Wie werden die Deutschen eine Einigung zwischen Amerika und dem Vaterlande annehmen?“ fragt man sich in Washington. Das deutsche Element ist ganz besonders stark in den achtstaatigen Mittelstaaten vertreten, die ohnehin gegen jeden Schuhzoll sind. Wie weit die Verhandlungen dadurch beeinflußt werden, ist schwer zu sagen, aber die Frage wird in politischen Kreisen sehr oft erörtert.

Hierzu wird uns weiter gemeldet:

Wenn auch über die Verhandlungen zwischen Berlin und Washington wenige in die Leinenlichkeit gedrungen ist, so sind dieselben doch nicht minder eifrig geführt worden. Der Wirtschaftliche Ausschuß, der zum 24. dieses Monats nach Berlin einzuberufen werden ist, war auch schon im April 1907 bereits beratung, des lebten, am 7. Februar ablaufenden deutsch-amerikanischen Handelsabkommen zusammengetreten, so daß der Ausschuß eine bekannte Materie vorfindet. Man darf wohl annehmen, daß ihm seitens der Regierung das Resultat der Unterhandlung mit Amerika vorgelegt wird, damit er sein Urteil über die genügende Wahrung der deutschen Interessen abgabe.

noch vertreten. Bekanntlich ist es seit langem schon der Wunsch des Staatssekretärs, Botschafter in Paris zu werden, und aller Voraussicht nach wird diesem Begehr auch entsprochen.

Ob die Meldung einen festeren Grund hat als eine naheliegende Kombination, wird sich bald zeigen. Dem Auswärtigen Amt hat in der letzten Zeit manches Wort des Todes gesagt werden müssen. Daß Herr v. Schoen unter diesen Umständen das Bedürfnis fühlte, sich zurückzuziehen, wäre nicht zu verwundern. Nicht zu verwundern und nicht zu bedauern.

Crottendorf und der Hundeleidkonsument.

Ein Vertreter des „Daily Chronicle“ hat bekanntlich auf Grund angeblicher Volksstudien in seinem Blatte behauptet, die Bewohner des erzgebirgischen Ortes Crottendorf seien enragierte Hundeleidkonsumenten, der Not gehorrend, nicht dem eigenen Triebe. Die zur konservativen Seite neigenden englischen Wähler sollten in dieser Schilderung schaudernd ersehen, zu welchem Ende die Schuhzollpolitik führen könnte und müsse. Sehr begreiflich, daß Crottendorf für die Ehre dankt, in englischen Wahlkämpfen diese Rolle des hundeleidenden Schreckens zu spielen. So verblüfft dagegen die „Crottendorfer Zeitung“ eine Erklärung, die ihr „von amüscher Seite“ also vom Gemeindevorstande, zugegangen ist. Darin heißt es:

„Dem genannten englischen Blatte ist ein „Crottendorfer Anzeiger“ in die Hände gesommen, in welchem Pferde- und Hundeleid von einem hiesigen Pferdehändler angeboten wurde. Es wird zugegeben, daß dieses Artikel tatsächlich erfolgt ist, und daß auch Pferde- und Hundeleid von armen hiesigen Einwohnern, wie dieses zweifellos auch in Teilen Englands der Fall ist, ab und zu gegeben wird. Daß aber Crottendorfer Einwohner ausschließlich von Pferde-, Hund- und Rindfleisch leben, ist eine englisch-liberale Lüge: derjenige, der diesen Blödsinn glaubt, gehört zu denen, die nicht alle werden. Schon die Überschrift des betreffenden englischen Artikels „Taxireform bedeutet Pferde- und Hundeleid“ besagt zur genüge, was man mit diesem Artikel beweist. Die zahlreichen von Engeland abgesetzten Anfragen hat man anfangs widerlegt, dann aber unbeantwortet gelassen, weil es hier wohl bekannt war, daß man die Antworten zu Wahl-agitationen ausnützen wollte.“

Wie hoch die Bevölkung, daß Crottendorf ausschließlich von Pferde-, Hund- und Rindfleisch ernährt, zu bemessen ist, geht aus folgendem Statistik hervor. Es sind im Jahre 1909 219 Rinder, 203 Kalber, 626 Schweine, 62 Schafe und 27 Ziegen geschlachtet worden, hierzu kommt noch das von auswärts eingeführte Fleisch, deren Menge sich nicht feststellen läßt, jedenfalls aber ein Viertel des hier geschlachteten Viehs erreichen dürfte. Lebhaft sei bemerkt, daß Crottendorf 5000 Einwohner zählt und außer einer gut entwickelten Industrie auch hervorragende Landwirtschaft und Viehzucht betreibt.“

Als Kommentar zu dieser Erklärung gibt dann die „Crottendorfer Zeitung“ dem englischen Verfaßer des „Standartberichts“ den Rat, nicht nochmals eine Reise ins Erzgebirge zu unternehmen, weil die „jedenfalls sehr tätigen Männer des Erzgebirges von ihren dicken Rändern ausgiebigen Gebrauch machen würden, um ihm sein nichtswürdiges Gebaren gründlich zu vergelten.“

Aus Nah und Fern

Lichtenstein, 24. Januar 1910

— **Stadtbad.** Der vorsjährige nasse, kalte Sommer hat auch seine Rückwirkung auf unser Stadtbad ausgeübt, das infolge hebenend weniger Besuch zeigt, als im Jahre 1908. Die in folgender Übersicht eingetragenen Zahlen beziehen sich auf letzteres Jahr.